Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, viertel jährl. M. 50.— für Abholer monatl. M. 7.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—, Auslandsversand: monatlich M. 12.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf, Abend-Ausgabe 10 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.20, von auswärts M. 2.20; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Portogebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7503. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co. Leipzig.

Nr. 110 — Freitag, den 4. März — 1921

Frist bis zum Montag mittag

Der Beschluß der Alliierten

London, 3. März. Nach einer Havasmeldung hat Lloyd George heute auf der Konferenz eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, die deutschen Gegenvorschläge verdienten keine nähere Prüfung. Er erinnerte an die Nichterfüllung von Verträgen in Betreff der Kohlenlieferung, der Entwaffnungsbedingungen, der Zahlung von zwanzig Milliarden und der Bestrafung der Kriegsschuldigen. Wenn die Deutschen bis Montag mittag nicht die Grundlagen des Pariser Abkommens annehmen, würden sofort folgende Zwangsmaßnahmen angewendet: Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf; Erhebung von Abgaben auf den Verkaufspreis der deutschen Waren in den alliierten Ländern; Errichtung einer Zollgrenze am Rhein. Hinzugefügt wird, daß etwaige Abänderungen der Pariser Bedingungen nur die Art der Zahlungen betreffen dürfen, wie etwa die Herabsetzung der Jahreszahlungen von 42 auf 30. W. T. B.

Die Vollmachten für die Reparationskommission

London, 3. März. Eine Havasnote besagt: Gestern abend soll ein neues Abkommen unterzeichnet worden sein, welches die neuen Zuständigkeiten der Reparationskommission bestimmt. Die beiden Arten von Strafmaßnahmen, militärische und wirtschaftliche, von denen die ersteren sofort und die zweiten in der Folge angewendet werden würden, werden begründet mit Verstößen Deutschlands gegen die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, welche bis heute festgestellt sind, besonders in der Frage der Entwaffnung und der Kohlenlieferung. Eine Liste dieser angeblichen Verstöße ist beigefügt. Die Havasnote geht sodann in der gleichen Weise auf die deutschen Gegenvorschläge ein, wie die bereits veröffentlichte Reutermeldung.

Pariser Wünsche und Stimmungen

Paris, 3. März. Der Londoner Mitarbeiter des „Paris Journal" hält es für nicht ausgeschlossen, daß Dr. Simons durch einen anderen Vertreter ersetzt wird unter dem Vorwand, der Reichsminister des Aeußern habe bei der in London erfolgten endgültigen Formulierung der Gegenvorschläge Fehler begangen, durch die die von Deutschland angebotene Gesamtsumme weniger hoch erscheint, als sie in Wirklichkeit ist. Sauerwein im „Matin" hält es dagegen für wahrscheinlich, daß die Deutschen auch durch ein Ultimatum der Verbündeten nicht zu einem endgültigen Nachgeben gebracht werden, und die in Aussicht genommenen Sanktionen deshalb in Kraft treten müssen. Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien" berichtet, daß Simons nach Ansicht gewisser neutraler Kreise in Berlin ganz unter dem Einfluß der von Stinnes geführten Extremisten stehe, und daß diese Extremisten einen Bruch mit der Entente erstreben. Die „Démocratie nouvelle" führt unter dem Titel „Das glückliche Ereignis" aus, Frankreich habe allen Grund, sich über die ablehnende Haltung Deutschlands zu freuen, da die Pariser Beschlüsse den französischen Interessen nicht entsprochen hätten. „Homme libre" schildert die Aufregung, die gestern in den Wandelgängen des Senats und der Kammer herrschte. Im Palais Bourbon machten die Abgeordneten Lefèvre und Hennessy besonders lebhaft für ihre ganz entgegengesetzten Auffassungen Propaganda. Lefèvre versuchte zu beweisen, daß die Verbündeten sofort das Ruhrgebiet besetzen müßten, da Deutschland nur für einen Monat mit Kohlen versorgt sei, und deshalb durch die Besetzung der Ruhrgruben schnell eine Entscheidung herbeigeführt würde. Hennessy erklärte dagegen, statt 300 000 französische Soldaten nach Deutschland zu schicken, solle Frankreich lieber 200 000 deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau kommen lassen.

* * *

Berlin, 3. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Gegenüber der Londoner Meldung über Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt Dr. Simons kann versichert werden, daß solche Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Man erwartet einen neuen deutschen Vorschlag

London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" rechnet mit einem zweiten deutschen Vorschlag. „Daily Chronicle" erwartet gleichfalls ein neues deutsches Angebot. „Daily News" meint, innerpolitische Rücksichten hätten Simons abgehalten, ein weitergehendes Angebot zu machen. Das Blatt glaubt, daß die Dinge jetzt auf die Spitze getrieben würden; denn Harding komme morgen ins Amt, und Amerika halte die Pariser Zahlen für zu hoch und sei ein Feind militärischer Zwangsmaßnahmen. Man brauche die Vereinigten Staaten für eine internationale Anleihe.

Eine Stimme in der Wüste

London, 3. März. Als einziges Blatt bringt der „Manchester Guardian" einen Leitartikel, worin die deutschen Vorschläge nicht rundweg abgelehnt werden, wie von den anderen Blättern. Augenblicklich hänge das, was Deutschland bereit sei anzubieten, und das, was die Alliierten forderten, weniger von der wirklichen Fähigkeit Deutschlands, zu zahlen, als von der politischen Lage in Frankreich und Deutschland ab. Die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, mehr zuzugestehen, als die öffentliche Meinung in Deutschland ertragen wolle. Es stünden zwei Wege offen, der eine sei der Weg der Gewalt, der andere Weg sei, zu sehen, ob nicht eine Möglichkeit vorhanden ist, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überbrücken, in der Hoffnung, daß eine Abkühlung der politischen Stimmung in einigen Jahren ein dauerndes Uebereinkommen möglich mache. „Manchester Guardian" fährt fort, das Pariser Abkommen sei in mehr als einer Hinsicht eine Abweichung vom Friedensvertrag, und wenn man es mit Gewalt durchsetze, so sei diese Gewalt ein Bruch des Vertrages. Außerdem erwähne der Friedensvertrag ausdrücklich den 1. Mai als den Zeitpunkt, nach welchem Deutschland Strafen auferlegt werden können, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Das Blatt schließt mit der Frage: Welche Hoffnung besteht, aus Deutschland mehr herauszubekommen, wenn man es zerstört?

Stark und ruhig bleiben!

Das Ultimatum der Ententevertreter an die deutsche Regierung ist da: es fordert bis Montag mittag die Anerkennung der Pariser Beschlüsse als Grundlage und sieht für den Fall der Weigerung schwere Zwangsmaßnahmen vor. Diese Maßnahmen bewegen sich in der Richtung derjenigen, die der Vertreter von Havas Donnerstag schon mitteilte.

Was zu der nun einigermaßen klar zu überblickenden Situation zu sagen ist, wurde seit Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse wiederholt gesagt. Alle Parteien des Reichstages haben es gesagt und die Regierung selbst hat es durch den Mund des Außenministers wiederholt erklären lassen: die Pariser Beschlüsse sind für uns unannehmbar! Sie sind es, weil wir sie doch nicht erfüllen könnten.

So hätten wir denn die Zwangsmaßnahmen der Entente zu erwarten. Auch angesichts des jetzt auf den Tag auszurechnenden Beginns dieser Aktion möchten wir noch einmal vor allzu eilfertigen Schlüssen warnen. Die Meldungen, wie sie vorliegen, bieten trotz aller konkreten Angaben kein genaues Bild der Vorgänge in London. Es wird da in unklarer Weise über den Begriff „Pariser Vorschläge" herumgeredet. Die Alliierten reden von der „Grundlage des Pariser Abkommens", die wir anerkennen sollen; Dr. Simons hat sich schon in seiner letzten Rede bereiterklärt, die Pariser Beschlüsse als „Grundlage zu Erörterungen" anzuerkennen. Das ist zweierlei. Die große Frage ist, was von jeder Seite als Grundlage der Pariser Beschlüsse angesehen wird. Faßt sie die Entente so auf, daß die Zahlung der 226 Milliarden, die 12prozentige Abgabe und die Nichtverrechnung der bisher geleisteten 20 Milliarden als Grundlage anzuerkennen sei, dann dürfte eine Verständigung unmöglich sein. Für diesen Fall hat die Regierung vom deutschen Volke den Auftrag Nein zu sagen. Faßt sie dagegen, wie die Deutschen, als Grundlage das System der in Paris ausgedachten Wiedergutmachung auf und läßt die Errechnung der zu leistenden Summe nach Abänderung der Frist und Raten zu, dann kann es sehr wohl noch bis Montag zu einer Verständigung kommen. Hüten allerdings muß sich die deutsche Vertretung, das Ententediktat auf dem Wege einer Verschleierung durch Zahlenkunststücke doch anzunehmen. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, in dieser Weise mit sich verfahren zu lassen und die Regierung könnte nach Beendigung der Konferenz abtreten. Aber diese Möglichkeit liegt wohl auch nur bei deutschnationalen Hetzern vor.

Es braucht, wie gesagt, am Montag nicht unbedingt marschiert zu werden. Wir verkennen die Schwierigkeit unserer Situation durchaus nicht, wie Lloyd George das zu sagen beliebte. Glauben aber auch, daß er und Briand die Schwierigkeit der eigenen Lage ebenfalls nicht verkennen werden. Wenn deshalb heute aus den deutschen Zeitungen der Ruf erschallen wird: Bleibt stark! so ist er ebenso notwendig an das deutsche Volk zu richten. Und es ist ihm ein Bleibt ruhig! hinzuzufügen.

Die Regierung darf das deutsche Volk nicht in die Sklaverei schicken, sie darf aber ebensowenig den Weg der Verhandlungen verlassen, so lange noch eine letzte Möglichkeit der Verständigung bleibt. Erst wenn dieser Fall klipp und klar zu erkennen ist, kann sie ihr Nein sprechen und darf dann sicher sein, daß das deutsche Volk wenigstens ziemlich einmütig die Folgen der Entscheidung auf sich nehmen wird. ew.

Acht oder zwanzig?

Paris, 3. März. Die Wiederherstellungskommission überreichte der deutschen Regierung eine Note, in der ausgeführt wird, daß Deutschland bisher keinesfalls 20 Milliarden Mark bezahlt habe. Selbst wenn man die deutsche Handelsflotte mit 2 Milliarden ansetze, kämen doch nur 8 Milliarden Mark heraus.

Der drohende Rückschlag auf die Neutralen

Berlin, 3. März. Wie dem „B. T." zufolge die aus dem Auslande eingehenden Nachrichten ergeben, verfolgen die neutralen Staaten die Entwicklung der Verhandlungen in London mit der größten Besorgnis. Insbesondere liegen aus einer Reihe neutraler Staaten, so aus der Schweiz, Holland und Schweden, Nachrichten vor, nach welchen die Wirtschaftslage dort einen unmittelbar bedrohlichen Charakter angenommen hat und man mit einer Reihe von Fallissements rechnet. Man befürchtet, daß der Eintritt einer wirtschaftlichen Krise in Deutschland, wie sie unter dem aus der Inkraftsetzung der sogenannten Sanktionen entstehenden Eindruck erfolgen könnte, alsbald zu einer Katastrophe in einer Reihe der früher neutralen Länder führen müßte. Vielfach besteht die Empfindung, daß die Arbeitslosigkeit und Produktionsstockung, die in diesen Ländern schon jetzt eingesetzt haben, alsdann lawinenartig anwachsen würden. Die unmittelbare Interessiertheit dieser an den Verhandlungen in London anscheinend unbeteiligten Länder kommt dadurch immer deutlicher zum Ausdruck, und es wird immer klarer, daß in London nicht über Deutschland, sondern über Europa verhandelt wird.

Rheinlandkommission und Rheinlandinteressen

Koblenz, 3. März. Wie in der Presse gemeldet wurde, hat sich die interalliierte Rheinlandkommission entschlossen, verschiedene Persönlichkeiten zu bestimmen, die als besonders geeignet erachtet wurden, die moralischen, geistigen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der besetzten Gebiete zu vertreten. Zweck der Besprechungen sollte sein, der Rheinlandkommission Wünsche und praktische Vorschläge zu unterbreiten. Die erste Zusammenkunft hat am 1. und 2. März in Koblenz stattgefunden. Die Rheinlandkommission hörte die Vertreter der Universitäten des linken Rheinufers, des katholischen und protestantischen Bekenntnisses und der Presse des besetzten Gebietes. Die interalliierte Rheinlandskommission beabsichtigt, gegen Mitte des Monats Vertreter der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des besetzten Gebiets anzuhören.

---

* Der neuernannte tschecho-slowakische Gesandte Tusar ist am Mittwoch vom Reichspräsidenten zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden.

Die Freiheit der Meere

Ein Beitrag zu den englisch-japanisch-amerikanischen Beziehungen.

Der amerikanische Senat hat, wie wir in der gestrigen Abendausgabe meldeten, den Präsidenten ersucht, eine Konferenz zur Prüfung der Frage der Abrüstung zur See einzuberufen.

Wenn man nach Lektüre einer Festlandszeitung, etwa eines der großen Pariser Tagesblätter, zu einem englischen Blatte greift oder die auch auf dem Festlande erscheinende Pariser Ausgabe des „New York Herald" aufschlägt, ist es einem, als ob man aus der etwas dumpfen und stickigen Luft einer stillen und ruhigen Kleinstadt mit ihrem engen Horizont und ihrem kleinen Gesichtskreis in eine große Meerstadt voll brausenden Lebens kommt. Hier weht frischere Luft; die Wände des Horizontes rücken ins Weite; was dort Sensation war, wird hier Bagatelle; Konflikte, die dort weltbewegend erscheinen, schrumpfen hier im Vergleich zu anderen, noch größeren und noch ungeheureren zu winzigen Dimensionen zusammen; vielem, was dort unverständlich erschien, erstehen hier plötzlich dort vergeblich gesuchte Ursachen und Gründe. Wir haben uns auf dem europäischen Festlande vielleicht immer noch zu wenig daran gewöhnt, daß Europa nicht mehr die Rolle spielt wie 1914, daß Europa nicht mehr die Welt, und daß die Zeit wohl für immer vorbei ist, da ein Balkankonflikt oder ein ermordeter österreichischer Erzherzog die Welt in Flammen setzen konnte, daß unsere europäischen Konflikte nicht mehr jene weltentscheidende Wirkung wie vor 1914 besitzen und daß andererseits auch unsere europäischen Sorgen und Nöte nicht mehr Weltsorgen und Weltnöte von gleicher Wichtigkeit und gleicher Bedeutung sind.

Auf dem Völkerbundskongreß in Genf trat diese Wendung der Dinge in den Reden der einzelnen Abgeordneten und in der Stellungnahme von Staaten wie Australien und Kanada zu den wirtschaftlichen Fragen sehr stark in Erscheinung. Wir vergessen deswegen bei unseren Erörterungen der wirtschaftlichen Krise, für die man jetzt in London eine Lösung finden will, daß die letzte und endgültige Entscheidung dort ganz sicherlich noch nicht sei werden wird, und daß diese Entscheidung nicht mehr in Paris und nicht mehr in Berlin, und überhaupt nirgendwo auf dem europäischen Festlande fallen wird, sondern weit draußen auf den Wassern zwischen Falmouth und New York, zwischen San Franzisko, Sydney und Yokohama. Uns in Paris, Berlin und Rom ist jetzt die Entschädigungs- und Abrüstungsfrage erste, einzige und wichtigste Lebensfrage. Sie allein beherrscht das politische Denken, die politische Diskussion. Aber schon in England drängen sich andere Sorgen den Staatsmännern auf und die Sorge um die deutsche Entschädigung ist nicht mehr die eine und einzige, sondern eine neben vielen anderen.

England, das bis 1914 unverwandt nach Wilhelmshaven und auf die deutschen Küsten hinausstarrte, wo eine neue Flotte emporwuchs, hat jetzt bereits eine Halbschwenkung vorgenommen. Nur mit einem Auge sieht es noch auf den europäischen Kontinent, das andere schaut nach Westen — und dort erblickt es immer zahlreicher in die Höhe wachsende Schiffsmasten, dort glaubt es zu sehen, wie sich die Flotte anfängt klar zu machen, deren Ausfahrt dereinst das Ende der gänzlich unumschränkten Seemacht eines Volkes sein könnte. Amerika beginnt trotz Blutsverwandtschaft und trotz Sprachengemeinschaft unheimlich zu werden — fast so unheimlich, wie ihm Deutschland vor 1914 geworden war.

Auch trotz aller Waffenbrüderschaft im großen Kriege. Warum trat Amerika in den Krieg? Nach Bernstorffs Darlegungen, in denen der Schmerz über das vergebliche Opfer dreijähriger rastloser Bemühungen nachzittert, weil politisch engstirnige, aber willenskräftige Generale einer ziellosen deutschen Regierung trotz ihres Widerstrebens den U-Bootkrieg und damit auch Wilson den Krieg aufzwangen. Der empfindliche Stolz und der in Deutschland allzu häufig übersehene Idealismus des jungen, rasch gewachsenen Volkes konnte sich die Versperrung der freien Meeresstraßen in so brutaler Form nicht bieten lassen. Und doch war es trotz aller Kriegsbegeisterung, in die sich die politisch sehr wenig geschulten und wenig weitsehenden Massen Amerikas hineintreiben ließen, eine merkwürdige Bundesgenossenschaft, in die Wilson sein Volk führte. Sicherlich war der U-Bootkrieg ein Schlag gegen die Freiheit der Meere — aber Deutschland versperrte doch nur aus Zwang und nur vorübergehend diese Freiheit, es hob sie auf, um sie dadurch eigentlich, wie es sein Ziel war, bei Friedensschluß erst wirklich herzustellen. Denn zu Deutschlands Kriegszielen gehörte es ja, die Alleinherrschaft Großbritanniens über die Meeresstraßen zu brechen. Der italienische Historiker Guglielmo Ferrero machte kürzlich in einem seiner tiefschürfenden Aufsätze im „Secolo" darauf aufmerksam, daß Amerika eigentlich als Feind seiner Alliierten und als Alliierter seiner Feinde in den Krieg getreten sei. Amerikanische Truppen und amerikanisches Geld halfen Englands Alleinherrschaft zur See in höherem Grade denn je festigen und 1918 schon war Wilsons Politik zerbrochen, der Völkerbund, wie er ihn sah, im Keime schon zermürbt, als England jede Diskussion der Meeresfrage in Versailles ausschloß. Wilsons Triumphzug durch Londons jubelnde Straßen war nur ein dürftig deckender Mantel der alles vernichtenden Niederlage in den Zimmern von Downing-Street.

Hier liegen die tiefsten Gründe für die Weigerung des amerikanischen Volkes, die Abkommen Wilsons in Paris zu ratifizieren und in den zu Versailles geschaffenen Völkerbund einzutreten, der seiner heutigen Organisation nach das Resultat des Weltkrieges verewigen will. Und dieses Resultat heißt: die Bestätigung und Befestigung von Englands Herrschaft zur See. Stärker bedroht als 1917 durch den unumschränkten U-Bootkrieg ist heute Amerikas Handel und Schiffahrt, und heftiger und ungeschminkter als je wird deswegen auch stärkste und schnellste Fortsetzung der 1916 beschlossenen Rüstungen als einziges Frieden